

Ortwin Nimczik Pro Musikunterricht!

Anmerkungen zu Kontingentstundentafeln, Fächerverbänden und zur Ensemblearbeit

Thema



Ortwin Nimczik, Bundesvorsitzender des VDS

Vier Jahre hat eine parteiübergreifende Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kultur in Deutschland“ intensiv gearbeitet. Anfang 2008 wurde der Abschlussbericht publiziert, er gilt als „Kultur-Kompass für Deutschland“. Nun liegt er also bereits gut ein Jahr vor – und er hat es im wahrsten Sinne „in sich“: Der sehr umfangliche Bericht liefert als Bestandsaufnahme nicht nur schlicht Daten und Fakten, sondern deckt aus der (notwendigen) übergeordneten Bundessicht diverse Defizite auf. Dies freilich nicht mittels einer Attitüde bloß nörglerischer Kritikerstimmen, sondern dankenswerter Weise vielmehr im Aufzeigen von Perspektiven, im Formulieren von Ansprüchen und in perspektivischen Empfehlungen. Nicht ein unbefragtes „Und-So-Weiter“ wird transportiert; nein, es geht stringent und appellativ um die kooperative Fortentwicklung, um das gemeinsame Ausloten der (musik)kulturellen Zukunft. Somit ist dem Schlusssatz im Vorwort der Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Gitta Connemann, vorhaltlos zuzustimmen: „Nun beginnt die Arbeit“.

Ein derartiger Beginn bedeutet in erster Linie, dass alle Betroffenen, also Institutionen und Verbände, die entsprechenden Rückschlüsse aus der Analyse des Vorfindbaren ziehen und die Konsequenzen für ihre zukünftige Arbeit, für ihr zukünftiges Engagement formulieren und auch durchsetzen müssen. Dies soll hier nun aus Sicht des Verbandes Deutscher Schulmusiker (VDS) bezogen auf einige Aspekte der Ausführungen der Enquetekommission zum Thema „Kulturelle Bildung in der Schule“ erfolgen (vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kulturelle Bildung“, Regensburg 2008, S. 575 – 581).

Zunächst einmal ist es äußerst positiv zu bewerten, dass der Bereich musikalischer Bildung für die Enquetekommission ein zentraler Bestandteil der kulturellen Bildung ist und auch bleiben soll. Die allgemein bildende Schule fungiert als Musik-Schule für alle. Denn nur in ihr werden aufgrund der allgemeinen Schulpflicht alle jungen Menschen erreicht, und zwar unabhängig von ihren sozialen Einbindungen, ihrer Herkunft und ihres Status. Leider spricht jedoch die tatsächliche schulische Praxis häufig eine ganz andere Sprache. Dem positiven Anspruch auf musikalische Bildung widerspricht eine häufig desolante Alltäglichkeit. Musikstunden fallen aufgrund fehlender Lehrer überproportional oft aus bzw. werden fachfremd erteilt. Diese Zustandsbeschreibung impliziert eindeutig eine eigentlich unverantwortbare Reduzierung musikalischer Bildung. Sie bestimmt vor allem den Bereich der Grundschulen bzw. in noch stärkeren Maße den der Förderschulen. In diesen Schulformen

ist aufgrund von internen verbandlichen Erhebungen davon auszugehen, dass lediglich ca. 20 bis 30 % des Musikunterrichts von qualifizierten Lehrkräften erteilt werden, der Rest wird fachfremd erteilt oder fällt schlicht aus.

In die Kategorie Reduzierung musikalischer Bildung passt zudem die immer mehr um sich greifende Einführung von so genannten Kontingenzstudententafeln. Sie vollzieht sich in der Regel gekoppelt an die Einführung von Fächerverbänden. Jüngstes Beispiel: Hamburg. In der zukünftigen Primarschule des Stadtstaates (Klassen 1 bis 6) sollen die bisherigen originären Fächer Musik und Bildende Kunst sowie Anteile des sogenannten Darstellenden Spiels zu einem Lernbereich zusammen gefügt werden. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: In einem derartigen Verbund kann sich ein notwendigaufbauender Musikunterricht kaum realisieren, die Schüler werden so um die Chance des Erwerbs musikalischer Kompetenz gebracht. Ja, es kommt noch schlimmer: Die KMK hat im Oktober 2008 im Rahmen ihrer 323. Plenarsitzung in einem Papier „Ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ (Beschluss der KMK vom 16. 10. 2008 i. d. F. vom 8. 12. 2008) für die Sekundarstufen I und II zwar einzelne Fachprofile für die Fächer Sport, Musik und Bildende Kunst festgelegt, zugleich aber für den Grundschulbereich die Koordinaten für einen „Studienbereich Ästhetische Bildung“ fixiert, der sich aus den Feldern Kunst, Musik und Bewegung zusammensetzen soll. Als „fachdidaktische Grundlagen“ dieses Studienbereiches wird in äußerst vager Weise u. a. die „kindgerechte Produktion von ästhetischen Ausdrucksformen wie Klangbildern, bildnerischem Gestalten, körperlich-mimischen Ausdrucksformen“ aufgeführt. Es scheint, dass die KMK über ihre Vorgaben zur Lehrerbildung Pflöcke zur Veränderung der Fächerstruktur (zunächst im Primarbereich) einrammen möchte. Michael Jenne kritisiert dieses Vorgehen in seinem jüngsten Beitrag in der NMZ sehr deutlich: „Musik, Kunst und Sport sollen demnach bundesweit aus dem Stundenplan verschwinden und durch ‚Ästhetische Erziehung‘ ersetzt werden, ohne dass dies bildungstheoretisch, inhaltlich oder didaktisch näher begründet oder erörtert würde – ein bildungspolitischer Skandal erster Ordnung“ (nmz 2/2009, S. 9). Diesem deutlichen Votum bleibt wenig hinzuzufügen.

Fachlich bleiben tatsächlich ganz viele Fragen. Was ist eigentlich mit dem Schlagwort „Ästhetische Bildung“ gemeint? Die Summe der Erfahrungen aus den verschiedenen ästhetischen Fächern? Wenn dem so wäre, warum werden dann nur drei eingebunden? Oder: Geht es möglicherweise bei der „Ästhetischer Bildung“ um einen übergeordneten Extrakt ästhetischer Erfahrung? Kann man diese in jedem ästhetischen Feld gleichermaßen erwerben? Werden damit die bisherigen ästhetischen Fächer beliebig und austauschbar? Der Verdacht, dass letzteres von administrativer Seite intendiert sein könnte, erhärtet sich gerade dann, wenn man in den KMK-Vorgaben bezogen auf die fachdidaktischen Grundlagen liest, dass es um die „praktische Gestaltung von Lernarrangements in mindestens einem Teilbereich“ geht.

Völlig offen bleibt zudem die Frage, warum man nicht aus Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit lernt. Ein Blick in das Bundesland Baden-Württemberg würde nämlich schon genügen. Auf anfängliche Euphorie folgte im Süden der Republik die Desillusionierung: Nach einer Evaluation unter Federführung des dortigen Landesmusikrates erweist sich die 2004 vollzogene Integration des Unterrichtsfaches Musik in den Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur“ in heutiger Sicht als äußerst prekär. Die Musikanteile sind signifikant, ja bedrohlich zurückgegangen. Der LMR Baden-Württembergs fordert daher vehement, dass Musik „wieder als selbständiges Fach mit eigenen Lerninhalten unterrichtet werden sollte. Die ... Kopplung ... behindert musikalische Lernprozesse, die gerade in der Grundschule von entscheidender Bedeutung wären“. Der LMR Baden-Württemberg fordert sofortige Zwischenlösungen, „damit nicht noch mehr Kinder unter musikalischer Unterversorgung

zu leiden haben“ (MNK – eine Bestandsaufnahme. Eine Umfrage des Landesmusikrates zum Fächerverbund „Mensch, Natur, Kultur“, hg. vom LMR B-W, Karlsruhe 2008, S. 8). Es bleibt zu hoffen, dass die KMK und die schulpolitischen Entscheidungsträger in den Bundesländern von den Erkenntnissen in Baden-Württemberg profitieren und gerade nicht gleiche Fehler wiederholen.

Auch in einem anderen Feld weist der Enquete-Bericht durchaus in die richtige Richtung. Denn zu Recht fordert er ein, dass gerade dann, wenn strukturelle Veränderungen oder eine Schulzeitverkürzung (wie gegenwärtig durch G 8) anstehen, diese „nicht erneut zulasten von Angeboten kultureller Bildung“ gehen dürfen (Schlussbericht 2008, S. 575). Diese Hinweise haben zwar zunächst lediglich einen indirekten Charakter, verweisen jedoch dennoch sehr konkret auf die tatsächlichen Auswirkungen im Musikbereich der Schulen. Selbst wenn man die gegenwärtigen heterogenen Aktivitäten durchaus gelassen betrachtet, dann bleibt zumindest dieser Eindruck: Die Schul-„Reformen“ erfolgen an vielen Stellen übereilt, und ihnen fehlt der empfindsame Umgang mit den vorhandenen Rahmenbedingungen. Und genau dies zeigt sich im Kontext musikalischer Bildung

nun immer deutlicher in der Gefährdung der schulischen Ensemble- und AG-Arbeit: Schülerinnen und Schüler finden aufgrund der Stundenplanvorgaben keine Zeit mehr, im Schulchor oder in der Big-Band zu musizieren; Eltern melden ihre Kinder vom Schulorchester oder der Neue-Musik-AG ab, da sie meinen, dass diese dem Leistungsdruck der „Hauptfächer“ sonst nicht standhalten zu können; es finden sich aufgrund der äußerst diffizilen Organisationsstrukturen (z. B. durch Vergleichsarbeiten oder andere zentrale Prüfungen) keine Zeitfenster, in denen jahrgangsübergreifende Ensembles gemeinsam musizieren können; Lehrerinnen und Lehrer erhalten bezogen auf das Stundendeputat keine Anrechnungen mehr für ihr Engagement in der Ensemblearbeit. Diverse weitere Gründe ließen sich anführen.



Foto: Uli Regenscheit © VDS

Diesem Dilemma ist von Seiten der Verbände ganz entschieden zu begegnen. Deshalb erfolgt an dieser Stelle ebenfalls ein klarer Appell an alle schulpolitischen Entscheidungsträger: Die Veränderung von Schulstrukturen darf nicht zum Abbau musikalischer Ensemble- und AG-Arbeit in der Schule führen. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil schulischer Musikkultur.

In der Summe gilt: Schule ist mehr als Erfüllung von Studentafeln oder Vorbereitung auf das Zentralabitur. Schule ist Lebens- und Erfahrungsraum, somit ein „Haus der Bildung“. Sich dieses in Zukunft ohne Musik(unterricht) vorstellen zu müssen – das wäre eine Horrorvision.

Prof. Dr. Ortwin Nimczik

Professor für Musikpädagogik/-didaktik an der Hochschule für Musik in Detmold und Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Schulmusiker (VDS)